

7 Fragestunde

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir sind somit mit den Mitteilungen fertig und kommen nun zur Fragestunde. Es ist jetzt 13.18 Uhr, und ich darf bitten, Herrn Gemeinderat Wagner, die Frage an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner zu stellen. Es geht hier um die Wohnstraßen Zelinkagasse und die Nebenstraßen.

Beginn Fragestunde 13:18 Uhr

7.1 Frage 1: Wohnstraßen Zelinkagasse und Nebenstraßen (GR Wagner, FPÖ, an VizeBgm.ⁱⁿ Schwentner, Grüne)

Gemeinderat **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenats, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin.

In meiner Frage geht es um die Errichtung von Wohnstraßen, genauer gesagt im Bezirk Andritz. Da gibt es ja einen Beschluss aus dem Juni 2022, wonach sich der Bezirksrat dort darauf einstimmig geeinigt hat, dass sie gerne in der Zelinkagasse, Geißlergasse, Haberlandweg, Gottlieb-Remschmidt-Gasse eben eine Wohnstraße errichtet wissen wollen. Dazu gab es dann auch eine Frage im Juli 2022, wo Sie dann in Aussicht gestellt haben, dass im Herbst eben eine Befragung stattfinden wird. Die hat, meines Wissens nach, stattgefunden, die ist auch positiv ausgefallen, umgesetzt ist aber bis heute eben keine dieser Wohnstraßen. Deshalb natürlich die

Frage,

warum eben diese Wohnstraßen bis jetzt noch nicht umgesetzt wurden.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin!

Am 1. Juni 2022 wurde im Bezirksrat Andritz der Antrag zur Errichtung einer Wohnstraße im Bereich Zelinkagasse – Geißlergasse – Haberlandweg – Gottlieb-Remschmidt-Gasse einstimmig beschlossen.

In einer Fragebeantwortung im Juli 2022 haben Sie eine Befragung der in diesen Straßenabschnitten wohnenden Bevölkerung für den Herbst 2022 in Aussicht gestellt. Bei überwiegender Zustimmung wird die Wohnstraße geplant und umgesetzt, hieß es in Ihrer Fragebeantwortung.

Da die Umsetzung bis heute nicht erfolgt ist, ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Warum wurden die oben genannten Wohnstraßen bis heute nicht umgesetzt?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Werter Gemeinderat vielleicht noch einmal einfühend. Sie haben es eh kurz angedeutet, dass es ein gewisses Prozedere gibt, wie es zu einer Wohnstraße kommt, nämlich auf Wunsch der Bevölkerung vor Ort, dann mit einer Abstimmung, also wenn eine Unterschriftenliste an die Abteilung für Verkehrsplanung geht, dann wird das geprüft und dann werden die Anrainer:innen schriftlich befragt, und wenn es eine eindeutige Mehrheit gibt, dann wird diese errichtet.

Tatsächlich hat es im konkreten Fall, den Sie erwähnen, im Sommer 2022 eine Unterschriftenliste gegeben, die abgegeben wurde und in einer ersten Prüfung hat es eine grundsätzliche Eignung für die drei Straßenzüge Zelinkagasse, Geißlergasse,

Ursprungweg gegeben. Daraufhin ist dann im Oktober 2022 eine Haushaltsbefragung durchgeführt worden, die ist, Sie haben es auch schon erwähnt, mehrheitlich für eine Wohnstraße ausgefallen, nämlich mit 78 %.

In weiterer Folge sind dann alle Haushalte Anfang 2023 informiert worden darüber, dass das straßenpolizeiliche Verfahren zur Umsetzung vorbereitet wird und eine Umsetzung erfolgen soll. Das wurde durch die Verkehrsabteilung durchgeführt im Zuge der detaillierten Vorbereitungen und im Genehmigungsverfahren wurde das Projekt aber durch die Behörde des Straßenamtes in Rücksprache mit dem Team der Radoffensive neu bewertet und ist dann ins Stocken geraten. Warum?

Es geht nämlich um einen Vereinbarkeitskonflikt quasi zwischen Wohnstraße und der bestehenden Hauptradroute. Das ist die R28, Stattegger-Radweg, der auch von vielen Berufspendler und -pendlerinnen genutzt wird. Deswegen ist es jetzt fachlich nicht vollends geklärt, ob es möglicherweise eine andere Maßnahme gibt, die sozusagen STVO-konformer ist und nicht an eine Hauptradroute torpediert, die den gewünschten Effekt der Verkehrsberuhigung besser erfüllen kann als die Wohnstraße. Deswegen hat man dann, ist man nicht fortgeschritten, sondern hat im Frühjahr 2024

Verkehrszählungen durchgeführt: Fußverkehr, Radverkehr und Kfz-Verkehr. Auf Basis dessen wird eine neue Empfehlung abgegeben, was man denn da tun kann, um Verkehr zu beruhigen, aber eine Vereinbarkeit zu haben mit der Hauptradroute, wo offenkundig für die Behörde zu viel Verkehr ist, in dem Fall Radverkehr. Ich werde mich darum bemühen, dass man das möglichst rasch abschließen kann und eine Entscheidung gefällt wird. Es steht im Raum, dass es möglicherweise auch eine Begegnungszone wird, aber es gibt offensichtlich einen Interessenskonflikt.

Gemeinderat **Wagner:**

Ich sag einmal Danke für die ausführliche Beantwortung. Wichtig glaube ich, ist dann natürlich, wenn sich da eine Änderung ergibt, dass man die Bürger dann genauso wieder mitnimmt und vor allem auch den Bezirksrat dort mitnimmt, der natürlich zu

Recht wartet. Also kann ich davon ausgehen, dass das nicht weitere zwei Jahre dauern wird, bis wir dann irgendeine Aussage haben?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ja, das soll im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sein, dass sie möglichst zeitnah Auskunft kriegen. Wie gesagt, es ist im Frühjahr 2024 jetzt gerade verkehrserhoben worden, wie das aussieht mit Rad- und Fußverkehr und ob das vereinbar ist mit der Lösung und ja, diese Information soll erfolgen, vor allem dann, wenn man weiß, was dort kommt, aber möglichst zeitnah.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön, ich darf Frau Gemeinderätin Mohsenzada bitten, Ihre Frage an Herrn Stadtrat Riegler zu stellen.

7.2 Frage 2: Umsetzung von Fair Pay im Kulturbereich in Graz (GR Mohsenzada, KPÖ, an StR Riegler, ÖVP)

Gemeinderätin **Mohsenzada**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher, sehr geehrter Herr Stadtrat.

Unterbezahlung und Selbstausbeutung im Kulturbetrieb sind leider gang und gebe, ein Missstand, dem die Grazer Stadtregierung aus KPÖ, Grünen und SPÖ von Beginn an den Kampf angesagt hat. Bereits in ihrem Koalitionsprogramm 2021 haben die drei Parteien Fair Pay festgeschrieben. Trotz angespannter finanzieller Lage war die Summe von € 600.000,00 dafür im Grazer Budget schon für 2023 reserviert, und das ist es auch heuer. Sie als Kulturstadtrat wurden mit der Erarbeitung eines Modells beauftragt und

wollten es, wie Sie hier schon einmal erklärt haben, im Gleichschritt mit Kulturstadtrat und Landeshauptmann Christopher Drexler vorlegen.

Nach einer umfassenden Befragung von Beschäftigten und Selbstständigen im Kulturbetrieb sind nun Monate ins Land gezogen. Erhebungen zeigen, dass 18 % zu wenig verdienen. Die Stadt Graz hat sich nicht nur zu Fair Pay bekannt, sondern auch Gelder reserviert, aber das Land Steiermark ist trotz umfassender Erhebung bislang nicht in der Lage, ein taugliches Modell vorzulegen. Man rudert sogar zurück, mit den Worten: „Es könne kein konkreter Finanzbedarf und somit auch keine, dem gegenüberstehenden finanziellen Ressourcen seitens des Landes Steiermark beziffert werden, da die Fair-Pay-Maßnahme auf Antragsbasis der Förderungsnehmerin erfolgen soll“.

Wieso hat Kulturreferent und Landeshauptmann Drexler und sein Team einen so aufwendigen und langwierigen Prozess benötigt, um am Ende eine derart vage Aussage zu treffen? Trotz einer bereits seit zwei Jahren andauernden Arbeit an einer gemeinsamen Strategie des Landes Steiermark und der Stadt Graz ist noch immer nicht klar, wann, wie und in welchem Ausmaß die ersten Schritte zur fairen Bezahlung umgesetzt werden sollen.

Die Stadt Graz hat sich ja nicht zu Fair Pay, nicht nur deswegen bekannt, sondern auch eine Summe definiert. Daher sollte sie in dieser Causa selbstständig agieren und den Prozess fortführen, auch wenn dies ein heißer Tropfen auf den Stein ist, für die verschärfte, prekäre Lage zahlreicher steirischer Kulturinitiativen, die durch die Belastung aufgrund von Inflation und Teuerung ums Überleben kämpfen. Daher stelle ich Ihnen namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Gedenken Sie nach Möglichkeit der eigenständigen Umsetzung des Fair-Pay-Prozesses zu suchen, wenn das Land Steiermark weiterhin säumig bleibt?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Unterbezahlung und Selbstausbeutung sind im Kulturbetrieb leider Gang und Gäbe – ein Missstand, dem die Grazer Stadtregierung aus KPÖ, Grünen und SPÖ von Beginn an den Kampf angesagt hat. Bereits im Koalitionsprogramm 2021 haben die drei Parteien Fair Pay festgeschrieben.

Trotz angespannter Finanzlage waren die Mittel dafür im Grazer Stadtbudget schon für 2023 reserviert und sind es auch heuer.

Sie als Kulturstadtrat wurden mit der Erarbeitung eines Modells beauftragt und wollten es, wie Sie hier schon einmal erklärt haben im Gleichschritt mit Kulturlandesrat und Landeshauptmann Christopher Drexler vorlegen.

Nach einer umfassenden Befragung von Beschäftigten und Selbstständigen im Kulturbetrieb sind nun Monate ins Land gezogen. Erhebungen zeigen, dass sie 18 Prozent zu wenig verdienen.

Die Stadt Graz hat sich nicht nur zu Fair Pay bekannt, sondern auch Gelder reserviert, aber das Land Steiermark ist – trotz umfassender Erhebungen – nicht in der Lage, ein taugliches Modell vorzulegen.

Die freie Szene schlägt nun Alarm. Sie fühlt sich vertröstet. Ein Bericht in der Kleinen Zeitung hat für Ernüchterung gesorgt. Dass die Umsetzung vom Land auf die lange Bank geschoben wird, ist für viele ein Schlag ins Gesicht.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich Ihnen daher folgende

Frage

Gedenken Sie, nach Möglichkeiten der eigenständigen Umsetzung des Fair-Pay-Prozesses zu suchen, wenn das Land Steiermark weiterhin säumig bleibt?

Stadtrat **Riegler**:

Frau Mohsenzada, Kulturausschussvorsitzende, es ist ja fast rührend, wie Sie jetzt die Dinge umdrehen. Wenn Sie zum Beispiel sagen, dass Sie von Beginn an der Unterbezahlung der Kunstszene den Kampf angesagt hätten, wie Sie das so sagen, dass sie Fair Pay festgeschrieben hätten, das Gegenteil ist der Fall, sehr geehrte Damen und Herren. Jeder, der in der Medienlandschaft mit mir zu tun hatte in den letzten Jahren, weiß, dass ich, gerade angesichts des allerersten skandalösen Doppelbudgets von Ihnen und Ihrer Koalition, mich sehr bitter darüber beklagt habe, dass es eben keine Fair-Pay-Budget-Vorsorge gegeben hat. Ich habe damals eine Million Euro pro Jahr zusätzlich einstellen wollen für Fair-Pay, das wurde mir runtergestrichen. Es gab dann ja bekanntlich aufgrund der diversen Budgetturbulenzen dann ein neuerliches Doppelbudget. Da hat dann die Koalition halbherzig 600.000 Euro nachgebessert, mit denen Sie sich jetzt rühmen, dass Sie jetzt sozusagen die große Budgetvorsorge gebildet hätten. Also bitte tun Sie nicht so, Frau Mohsenzada, als ob Sie da sozusagen sich budgetär dem Fair Pay oder der Unterbezahlung den Kampf angesagt hätten. Sie wissen, wir hatten immer wieder im Kulturausschuss darüber Gespräche. Es gibt eine statistische Erhebung in der Kulturszene, die hat ergeben, dass circa, plus minus das Fair Pay -Gap bei 18 % liegt. Das heißt, Sie können bei der nächsten Budgetsitzung dann im November oder Dezember Gemeinderat Farbe bekennen und tatsächlich diese 18 % in meinem Budget als zusätzliches Geld einstellen, denn es ist ja nicht damit getan einfach nur zu sagen, innerhalb des bestehenden Eckwerts muss halt jetzt ein zusätzlicher Fair Pay-Topf reserviert werden, sondern ganz im Gegenteil. Sie müssten ja dann ehrlicherweise sagen, diese 18 % legen wir drauf, nur damit wir ungefähr wissen, wovon wir reden. Sie haben es vorgestern oder gestern erst im Kulturausschuss von Herrn Kulturamtsleiter gesagt bekommen, bei den mehrjährigen Förderverträgen liegen wir ca. bei 5 Millionen Euro Jahresbelastung. 18 % drauf, können Sie ausrechnen, insgesamt sind es ca. € 10.000.000,00, die wir an laufenden Förderungen für die Freie Szene gewähren. Das wären dann ca. € 1.800.000,00. Ich freue mich jetzt schon, der Manfred Eber, möge bitte die Ohren spitzen und groß

zuhören, denn diese € 1.800.000,00 werde ich ganz sicher im heurigen Herbst einfordern, dass wir für Fair Pay bekommen.

Was die Durchführung betrifft, vielleicht noch kurz, da bitte ich um noch einmal Verständnis. Der Landesverfassungsdienst hat aus formalen Gründen noch Bedenken angemeldet hinsichtlich der Gestaltung. Das ist eine rechtliche Frage, und wir wollen ja haben, dass die Mehrjahresförderverträge, die dann von Land und Stadt gemeinsam mit Fair Pay unterstützt werden, dass wir diese gut und dann auch rechtssicher, vor allem aufstocken. Daher bitte ich noch vielleicht um ein, zwei Monate um Geduld, aber es wird sicher bald so weit sein, dass wir zumindest einmal diese € 600.000,00 ausschütten können, die wir jetzt schon haben. Das wird aber nicht reichen, und daher freue ich mich jetzt schon auf die Budget-Sitzung, bei der wir dann darüber weiter diskutieren können.

Gemeinderätin Mohsenzada:

Nur eine Sache, Herr Dr. Riegler, wir kennen uns seit sieben Jahren und ich hatte gehofft, dass Sie meinen Namen mittlerweile richtig aussprechen, obwohl mir sowas nie so wichtig ist. Aber Mohsenzada spricht sich das aus und ich werde jetzt Interpretationen zu Ihrer Ausführung lassen. Sie haben eine andere Art der Sicht, wie es gelaufen ist, als wir, aber meine Zusatzfrage wäre: Sind Sie bereit, auf Ihren Parteikollegen, Landeshauptmann Drexler, einzuwirken, den Prozess endlich einzuleiten, weil mit Geduld, wie viel Geduld denn noch?

Stadtrat Riegler:

Der Herr Landeshauptmann und Kulturreferent der steirischen Landesregierung, Drexler, ist ein langjähriger, ganz verlässlicher Partner in der Kulturförderung. Wir haben zum Beispiel gerade erst in den letzten Jahren einiges auf den Weg gebracht, zum Beispiel auch einen Prozess für die Kollektivvertragsanpassung der Mitarbeiter:innen der Bühnen. Da hoffe ich übrigens auch auf Ihre Zustimmung, denn

Sie sind ja Aufsichtsrätin in den Bühnen Graz und mögen dann bitte schön für 600 oder 700 Mitarbeiter:innen in den Bühnen Graz dann auch entsprechend bei der Kollektivvertragserhöhung mitziehen. Daher bin ich ganz, ganz sicher und weiß es auch aus vielen, vielen persönlichen Begegnungen mit dem Landeshauptmann, dass es ihm ein großes Anliegen ist, dieses Fair Pay-Projekt zur Umsetzung zu bringen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Nächste Fragestellerin ist die Frau Gemeinderätin Leban-Ibrakovic, sie stellt ihre Frage an die Frau Vizebürgermeisterin.

7.3 Frage 3: Neutorgasse - Vorausschauende Maßnahmen (GR Leban-Ibrakovic, MBA, ÖVP, an VizeBgm.ⁱⁿ Schwentner, Grüne)

Gemeinderätin **Leban-Ibrakovic**:

Sehr geehrte Stadtregerung, sehr geehrte Gäste, liebe Gemeinderatskolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin.

Ich habe im letzten Gemeinderat einen Dringlichen Antrag eingebracht zur Elektromobilität. Dabei ist es darum gegangen, in die Infrastruktur für vor allem elektrobetriebene Taxis bereitzustellen, aber auch zu prüfen, ob Leerverrohrungen bereits bei aktuellen oder zukünftigen Baustellen mitgedacht werden können. Das heißt, zu prüfen, wo Ladestationen in Zukunft möglich sind. Leider wurde er überraschend abgelehnt. Was mich aber noch viel mehr überrascht hat, war, dass keiner von dem grünen Gemeinderatsklub beziehungsweise auch Sie dazu keine Wortmeldung mir geben haben warum. Es hat dann lediglich die Gemeinderatskollegin Frau Schlüsselberger mit Argumenten argumentiert, die ich nicht ganz nachvollziehen kann, warum das in Graz nicht möglich sein kann, aber sie hat auch bestätigt, dass Elektromobilität wirklich ein wichtiger Faktor für die Mobilität der Zukunft sein wird.

Ich möchte oder wir möchten auch hier jetzt noch einmal nachfragen, weil es mir aufgrund der Vielzahl der Anträge und Fragen noch immer nicht klar ist, inwieweit das jetzt miteingearbeitet wurde. Dass man nämlich nicht nur Kosten in Zukunft spart, sondern auch den Bürger und Bürgerinnen in Zukunft nicht Baustellen, die nicht unbedingt notwendig sind, die bereits jetzt abgeschlossen werden können, dann wieder zu reaktivieren und damit auch wieder Behinderungen der Grazer Bevölkerung sozusagen vor die Nase zu geben.

Und deswegen stelle ich heute an Sie die

Frage:

Wurden bei der Ausführung der Straßen- und Schienenbauarbeiten in der Neutorgasse vorausschauende Maßnahmen für die Umsetzung der E-Mobility, wie etwa Verlegung von Leerverrohrungen, Einbau von E-Ladestationen beziehungsweise kontaktlosen Lademöglichkeiten und dergleichen berücksichtigt, um so das neuerliche Aufgraben der Neutorgasse zu verhindern.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin!

Im Zusammenhang mit den fortschreitenden Baumaßnahmen in der Neutorgasse stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Maga. Judith Schwentner, die

Frage:

„Wurden bei der Ausführung der Straßen- und Schienenbauarbeiten in der Neutorgasse vorausschauende Maßnahmen für die Umsetzung der E-Mobility, wie etwa Verlegung von Leerverrohrungen, Einbau von E-Ladestationen beziehungsweise kontaktlosen Lademöglichkeiten u. dgl., berücksichtigt, um so das neuerliche Aufgraben der Neutorgasse aus diesen Gründen hintanzuhalten?“

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Werte Frau Gemeinderätin, es ist in niemandes Interesse, dass das, was jetzt gerade sehr aufwendig geplant und gebaut wird, wieder aufgegraben wird, kurz danach. Und genau das ist es, sozusagen die Komplexität der Baustelle in der Neutorgasse, dem geschuldet, dass sämtliche Leitungsträger instandgesetzt und erneuert wurden. Das betrifft Wasser, Abwasser, Strom, Fernwärme, Gas, Telekommunikation und alles, was dazugehört. Da werden jetzt sämtliche Synergien genutzt und sozusagen künftige Aufgaben antizipiert und alles erneuert. Deswegen war das ja auch so aufwendig. Die Bereitstellung und Neuverlegung von Stromversorgung für E-Mobility-Angebote obliegt dem jeweiligen Netzbetreiber. Seitens des Stromnetz Graz wurden im Zuge des Bauvorhabens Innenstadtentlastung in der Neutorgasse sowohl sämtliche 20-Kilowatt-Leitungen als auch Niederspannungsleitungen erneuert beziehungsweise ausgetauscht und in den Planungen der Neutorgasse jedoch, und ich erinnere da an einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss im April 2022, wo wir hier die Planungen beschlossen haben. In der Neutorgasse ist der Fokus auf einer hohen Aufenthaltsqualität, auf eine attraktive Verkehrssituation, insbesondere für Bus-, Straßenbahn-, Fuß- und Radverkehr. Deswegen wird es dort keine Abstellmöglichkeiten für Kraftfahrzeuge geben, auch nicht für E-Fahrzeuge. Nämlich keine. In den Seitengassen sehr wohl, aber deswegen, Planungsbeschluss hier gemeinsam, auch mit ihren Stimmen getragen. Deswegen wird es dort nicht geben. Das Leitungssystem ist sozusagen auf dem modernsten Stand der Möglichkeiten. Eine sinnvolle Nutzung der E-Mobilität, und jetzt komme ich auf die letzte Sitzung zurück, weil da ist uns ein kleiner Fauxpas passiert. Wir wollten noch eine Wortmeldung machen und dann war schon über die Dringlichkeit abgestimmt. Wir holen das, ich hole das gerne nach. Uns ist es wichtig, dass das TIM-Angebot der Stadt ausgebaut wird. Es gibt ja viele neue Standorte und auch fürs gesamte Neutorviertel, jetzt komme ich von der Neutorgasse weg ins Neutorviertel, sind natürlich von der Stadt neue Standorte, TIM-Standorte vorgesehen und bestenfalls auch mit E-Taxis bestückt. Wir haben einen E-Taxi-Betrieb jetzt am Laufen. Wir haben gestern den Bericht gehabt von

der Grazer Energieagentur im Ausschuss. Der wird dann auch im Protokoll nachzulesen sein, auch für Sie gerne. Wird Ihnen vielleicht auch von den Kollegen, die im Ausschuss waren, übermittelt. Wir wollen ja dem Nationalen Klima- und Energieplan Folge leisten und bis 2025 sozusagen E-Taxis dekarbonisierungsfrei sein bei den Taxis. Es ist ja eine freiwillige Vorgabe, es gibt keine Verbindlichkeiten dazu und es ist eine große Aufgabe, aber wir sind da drinnen in einem großen Projekt. Gemeinsam mit Wien werden jetzt € 1,6 Millionen für E-Taxis in Graz investiert. 12 Taxis sind in diesem Projekt jetzt im Probetrieb. Es gibt ja die Firma Easelink. Sie können sich das anschauen am Schillerplatz, wo Platten verlegt werden, wo ohne Säulen getankt werden kann, also aufgeladen werden kann. Super Firma übrigens, sollte man sich lieber dort, ist da im Messeschlüssel beheimatet und sehr, sehr innovativ. Es gibt zehn Standorte fürs Laden von E-Taxis und das wird ausgebaut.

Gemeinderätin Leban-Ibrakovic:

Herzlichen Dank für die ausführliche Antwort. Sie zitieren ja quasi meinen Motiventext vom letzten Mal, was mich dann wieder vor die Frage stellt, warum man dann mit diesem Antrag, den ich eingebracht habe, nicht mitgehen konnte, weil das ja genau das jetzt beschrieben hat, was Sie jetzt auch gesagt haben. Das heißt, wenn ich das richtig verstehe, dann können wir damit rechnen, dass die Innenstadt auch in Zukunft mit E-Taxis barrierefrei erreichbar sein wird. Sprich, dass auch dann dort Lademöglichkeiten auch für den Taxistandplatz zur Verfügung gestellt werden. Beziehungsweise, dass auch wieder Ladepunkte für die Anrainer im Innenstadtbereich oder in den inneren Bezirken geschaffen werden. Habe ich das so richtig verstanden?

Vizebürgermeisterin Schwentner:

Sie haben richtig verstanden, dass es ein sehr umfangreiches Projekt gibt, das schon länger läuft. Und eben in der letzten Sitzung haben wir das verpasst, Ihnen das auch mitzuteilen. Aber gestern im Ausschuss, dieses Projekt läuft schon seit mindestens

einem Jahr und ist jetzt sozusagen vergrößert worden. Und da gibt es die Möglichkeiten. Und ja, ich habe das auch immer gesagt, in der Innenstadt, im Neutorviertel wird es immer Möglichkeiten geben für Ladetätigkeiten, für Taxis, für E-Taxis. Wir haben einen neuen Taxistandplatz, weil er kommt ja raus aus der Kaiserfeldgasse auf den Joanneum-Opernring. Beziehungsweise der andere Standort wird da sein und insgesamt sind wir bestrebt, dass die Taxiflotte dekarbonisiert wird und immer mehr E-Taxis in Graz unterwegs sind. Kann man auch anrufen, E-Taxi ist eine Nummer, also einfach in Anspruch nehmen, jetzt schon damit unterstützen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Nächster Fragesteller, Herr Gemeinderat Kozina-Voit, stellt seine Frage an Herrn Stadtrat Riegler.

**7.4 Frage 4: Wirtschaftliche Entwicklung der Belgiergasse
(GR Mag. Dr. Kozina-Voit, Grüne, an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Schönen Nachmittag, auch von meiner Seite, meine Frage geht eben an Stadtrat Riegler.

Wir waren jetzt gerade in der Neutorgasse und wir haben da jetzt in letzter Zeit öfter kritische Äußerungen gehört, wie sich das dort entwickelt, auch am Joanneumring mit den Parkplätzen, mit den Fahrspuren, gerade auch eben im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung. Jetzt geht die Innenstadtentlastungsstrecke aber ja weiter, jetzt sind wir gerade auf der Tegetthoffbrücke und nächstes Jahr kommt dann die andere Murseite dran. Ganz konkret die Belgiergasse und die Vorbeckgasse und die Frage ist natürlich, wie wird das dann dort sein. Ich habe mir die Ausgangslage schon näher angeschaut. Man hat dort ja eigentlich historisch oder jetzt in den letzten Jahren zumindest eine sehr gute Erreichbarkeit gehabt mit dem Auto, ist von allen Seiten gut

hingekommen. Man hat Parkplätze in der Straße gehabt, Parkplätze in Nebenstraßen dort. Man hat Richtung Innenstadt sogar zwei Parkgaragen, also einmal in der Griesgasse und einmal am Entenplatz Richtung Bahnhof, einen oberirdischen Parkplatz beim Bad zur Sonne. Also, nach der Logik müsste die Wirtschaft dort ja boomen in der Belgiergasse.

Tatsächlich ist es aber so, dass zwischen der Griesgasse und dem Bad zur Sonne 24 Geschäftslokale im Erdgeschoss sind, und von denen 13 Geschäftslokale leer stehen. Das ist mehr als die Hälfte, also dort haben wir mehr als 50 % Leerstandsquote. Das ist jetzt nicht wegen der Baustelle, sondern das war auch schon davor so. Wenn man das auswertet, im August 2023 waren es auch schon zwölf. Das betrifft auch die angrenzenden Straßen. Wer durch die Griesgasse einmal gegangen ist in letzter Zeit, weiß, wovon ich spreche.

Interessant dabei ist aber trotzdem, dass diese Geschäftslokale dort ja sind. Also, irgendwann muss das ja einmal besser funktioniert haben. Sonst hätten die dort ja keine Geschäftslokale eingerichtet. Die Belgiergasse an sich ist 300 Meter vom Hauptplatz entfernt. Das ist ungefähr gleich weit wie der Schlossbergplatz, der Freiheitsplatz oder der Bischofplatz. Dort ist der Leerstand deutlich geringer. Wir wissen, für die gesamte Stadt haben wir eine Leerstandsquote von 3,2%. Und da ist schon die Frage: Jetzt haben wir in der Belgiergasse dann über 50%. Wie kann man sich das erklären? Und natürlich noch wichtiger, und das ist auch die offizielle

Frage,

die ich hier stellen möchte: Wie werden sich ihrer Einschätzung nach die Belgiergasse und der umliegende Bereich durch die Errichtung der Straßenbahnstrecke samt Haltestelle wirtschaftlich entwickeln?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler,

die Belgiergasse ist 300 m vom Hauptplatz entfernt – also ähnlich weit wie Schlossbergplatz, Freiheitsplatz, Bischofplatz oder Amtshaus. In dieser Lage sollte man meinen, dass Geschäftslokale hoch attraktiv sind, insbesondere dann, wenn man von der These ausgeht, dass die Attraktivität von Standorten stark von der Erreichbarkeit mit dem Auto und von Parkplätzen abhängt. Beides war ja in der Belgiergasse gegeben.

Tatsache ist jedoch: Die Belgiergasse ist vor allem durch Leerstand geprägt. Derzeit stehen dort mehr als 50% der Geschäftslokale leer. Die schnelle Antwort darauf könnte natürlich lauten, dass die Baustelle diesen Leerstand verursacht hätte. Dies ist jedoch falsch, die Leerstände waren auch vor Baustellenbeginn schon so hoch. Die direkt angrenzende Griesgasse bietet ein genauso düsteres Bild mit ähnlich viel Leerstand – obwohl auch diese mit dem Auto gut erreichbar ist und ausreichend Parkplätze bietet. Zum Vergleich: In den A-Lagen der Innenstadt liegt die Leerstandsquote bei 3,2%. Dort kann man hingegen nur sehr eingeschränkt mit dem Auto hinfahren oder parken. Dafür kann man sie zu Fuß und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln hervorragend erreichen.

Diese Chance bietet sich künftig auch in der Belgiergasse. Ab Ende 2025 werden hier laufend Straßenbahnen unterwegs sein und stehen bleiben. Zudem werden die Gehsteige deutlich verbreitert, sodass es auch für Fußgänger:innen viel attraktiver wird, sich in der Straße zu bewegen. Die Belgiergasse kann dadurch zu einer belebten Verbindung zwischen der Innenstadt und dem Bezirk Gries werden.

Namens des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie als für Wirtschaft zuständigen Stadtrat folgende

Frage:

Wie werden sich Ihrer Einschätzung nach die Belgiergasse und der umliegende Bereich durch die Errichtung der Straßenbahn-Strecke (samt Haltestelle) wirtschaftlich entwickeln?

Stadtrat **Riegler**:

Die kurze Antwort ist hoffentlich besser, als es bisher war, denn wenn ich mir anschau, wir haben da aktuell Fotos gemacht von diversen Geschäften, die in der Belgiergasse tätig sind, denen mehr oder weniger über Nacht ein Hühnersteig vor die Tür gesetzt wurde. Manche Geschäfte sind so abgezäunt, dass man sie schon gar nicht als gehbehinderte Persönlichkeit erreichen kann. Ja, es ist interessant, dass Sie diese Frage stellen. Also, fast muss ich mich wundern, denn die Geschichte wiederholt sich. Sie machen jetzt im Grunde genommen mit Ihrer Stadtplanungsreferentin und Vizebürgermeisterin für alle wichtigen Zukunftsressorts eigentlich das Gleiche, was auch am Joanneumring und in der Neutorgasse war. Sie haben eigentlich trotz langjähriger Vorhersehbarkeit ein Baustellenchaos entfaltet, das seinesgleichen sucht. Wir haben das ja schon anhand des Joanneumrings und der Neutorgasse diskutiert. Es hätte viele Maßnahmen gebraucht, um die Unternehmen vorzubereiten. Es hätte ganz sicher nicht gebraucht, die Streichung von unzähligen Parkplätzen, insbesondere den Schrägparkplätzen am Joanneumring. Wenn Sie dort entlanggehen, sehen Sie eh, was los ist. Viele Unternehmen haben Schwierigkeiten, unabhängig von der aktuell von Ihnen gemessenen Leerstandsquote oder Nicht-Leerstandsquote.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Die Belgiergasse ist eine Gasse meiner Jugend. Ich bin in der Kindermannngassen aufgewachsen, ich bin ins Oeversee Gymnasium gegangen, mein Friseur war der Friseur Rosemarie in der Belgiergasse. Dort habe ich meinen ersten Haarschnitt und meine ersten Locken geschnitten bekommen und ich kann Ihnen sagen, ja, die Belgiergasse war tatsächlich immer ein schwieriges Pflaster. Ja, man konnte dort, es hat dort nur relativ wenig Parkplätze gegeben. Es gab den Eisenhof, es gab also Werkzeugfirmen, Geschäftsmodelle, die halt dann irgendwann ersetzt worden sind, zum Beispiel durch das beliebte und bekannte Restaurant Steirer. Ich bin überzeugt davon, dass natürlich grundsätzlich durch die Maßnahme der Entlastungsstrecke auch positive Effekte entstehen werden. Deswegen hoffe ich ja auch, dass es sich verbessern wird. Deswegen hat ja auch die ÖVP damals in der

letzten Gemeinderatsperiode diese Innenstadtentlastungsstrecke auch unterstützt und selbstverständlich auch gewollt. Die Frage ist nur, wie organisiert man eine Baustelle und organisiert man sie so, dass es tatsächlich den Wirtschaftstreibenden geholfen wird, die negativen Auswirkungen abzufedern. Deswegen kann ich auch hier nur appellieren an Sie, genauso wie vorhin beim Projekt Fair Pay, so wie wir schon zweimal mit Dringlichen Anträgen gefordert haben, in diesem Haus jedes Mal von der Koalition abgelehnt, würde ich Sie noch ein drittes Mal gerne bitten um eine ausführliche finanzielle Dotierung für ein Maßnahmenpaket, für ein Citymanagement, das auch wirklich Budgetmittel zur Verfügung hat, für eine Bimlinie, die wir vom Hauptbahnhof bis zur Innenstadt führen, die gratis sein kann für viele weitere Maßnahmen. Einige davon werden wir übrigens heute noch diskutieren. Der Herr Gjergji hat ja, ich hoffe, ich habe den Namen richtig ausgesprochen, hat ja auch einen Dringlichen Antrag vorbereitet zum schönen Thema Wirtschaftskompass. Wenn tatsächlich außer Hausaufgaben erteilen, was Sie als Koalition am besten können, wenn Sie außer Hausaufgaben erteilen auch bereit sind, uns finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, ja, dann können wir sicher etwas machen und den Unternehmen helfen.

Gemeinderat Kozina-Voit:

Baustellenförderung an sich haben wir ja schon öfters diskutiert, da herinnen, in Graz ist die höher als irgendwo anders, also ich glaube, so schlecht sind wir da nicht. Was interessant ist, trotzdem, dass Sie ja wieder auf die Parkplätze referenzieren. Tatsächlich haben wir dort jetzt aber die Situation, dass wir einen ÖV haben mit einer Haltestelle. Da werden sehr viel mehr Menschen noch in der Gasse sein, als es bisher waren. Das heißt, das ist ein deutliches Potenzial auch für Gewerbetreiber. Auch dass wenig Autoverkehr drin ist, ist ja ein Potenzial, weil die Belgiergasse ja gerade bekannt ist, da ist es lauter, es ist staubig, da ist es stickig. Also, wenn dort weniger Autos drinnen sind, ist es auch attraktiver dort durchzugehen, dort zu arbeiten. Es ist wirklich zu erwarten, dass die Geschäfte dort stark profitieren. Das gilt eben nicht nur in der Belgiergasse, sondern überall, wo diese Maßnahmen gesetzt werden.

Das Spannende ist auch, dass wenn man in andere Städte schaut, dass das ja immer funktioniert. Also egal, ob man jetzt in Wien, die Mariahilferstraße anschaut, nach Paris, nach Madrid, jetzt haben wir Groningen gehabt, ich war letztens in Hamburg, überall reduziert man den motorisierten Individualverkehr, überall nimmt man auch Parkplätze weg, ja, aber überall ist es auch gut für die Geschäfte, weil es eben attraktiver wird zum Gehen, weil man besser mit dem Radl hinkommt und auch mit dem ÖV. Das heißt, die Nachfrage wäre für mich eigentlich, wenn das Ganze schlechtreden, dass da immer wieder passiert, eigentlich keine Grundlage hat. Wie wollen Sie denn das dann weiter betreiben oder wollen Sie das weiter betreiben oder wollen Sie da jetzt eher positiv kommunizieren in Zukunft?

Stadtrat Riegler:

Ja, also das ist so ein Stereotyp, immer wieder vorgetragener Vorwurf, man würde irgendwas schlechtreden. Die Wahrheit ist, dass tatsächlich hunderte Unternehmer und Unternehmerinnen mit uns gemeinsam vor einem Jahr in größter Sorge auf die Straße gegangen sind, weil wir eben massive Besorgnisse hatten. Und vergessen Sie nicht, erinnern wir uns, der Karl Dreisiebner, wo dabei, hat leider früher gehen müssen. Hat nicht mehr die Nerven gehabt, sich das bis zum Schluss anzuschauen. Maifredygasse, Kinderspielplatz und Wasserbad statt Parkplätzen. Es wird dort halt niemand mehr wohnen wollen, der selber mit einem Auto ausgestattet ist. Das sind halt Situationen, das sind Interessensausgleiche. Und ja, ich verstehe völlig, natürlich gehe ich lieber in Wien am Stock im Eisenplatz ohne Auto spazieren. Das ist ja keine Frage, nur trotzdem dürfen Sie bitte nicht vergessen, dass Graz und die Zone, von der wir reden, selbstverständlich auch eine Innenstadt hat, in der Menschen leben und wo Menschen leben, dort gibt es halt auch das Bedürfnis, dass man Dinge ablädt, dass man hin und wieder Großeinkäufe macht, dass vielleicht Leute zum Arzt fahren müssen und nicht immer mit dem Fahrrad oder dem Lastenrad unterwegs sein können und deswegen appellieren wir von der Grazer Volkspartei seit Jahren für eine Politik mit Augenmaß, bei einer Politik, bei der man eben nicht nur den Fußgänger an oberste

Stelle setzt, sondern dass man eben durchaus auch Familien und Leuten, die es brauchen, ermöglicht, dass sie in der Nähe noch irgendeine realistische Chance auf einen Parkplatz haben.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Nächste Fragestellerin Frau Gemeinderätin Robosch. Sie stellt ihre Frage ebenfalls an Stadtrat Riegler.

**7.5 Frage 5: Stromanschlussgebühren für kleine beziehungsweise gemeinnützige Veranstaltungen
(GR Robosch, SPÖ, an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

Gemeinderätin **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Herr Stadtrat, lieber Günther.

Du weißt sicher, dass ich letzten Juli einen Dringlichen Antrag hier gestellt habe, der den Zugang für Veranstaltungen zu günstigem Strom von der Stadt Graz oder vom Haus Graz günstiger machte, damit Veranstalter und Veranstalterinnen nicht immer auf das Dieselaggregat zugreifen müssen, weil es einfach günstiger und leistbarer ist.

Jetzt liegt uns eine Beantwortung dieses Dringlichen Antrags vor, das auf der einen Seite nur erklärt, wie die Preise dafür zustande kommen, aber auf der anderen Seite uns schon ein bisschen verwundert haben, weil da drinnen ganz klar steht, dass in der Stadt Graz eigentlich generell Mobilaggregate, zum Beispiel auch Dieselaggregate verboten sind und nur in Ausnahmefällen genehmigt werden.

Und da uns sehr viele Veranstaltungen bekannt sind, wo sehr wohl Dieselaggregate für eintägige Veranstaltungen zum Einsatz kommen und wir auch dann wiederholt einmal geschaut haben, wie dieses Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen in der Stadt Graz abläuft, sind wir auch drauf gekommen, dass man bei diesem Genehmigungsverfahren für eine Veranstaltung gar nicht angeben muss, ob man den

Strom über die Stadt Graz oder über das öffentliche Netz oder über ein Mobilaggregat quasi zur Verfügung stellt.

Und deswegen stellen wir auch heute an dich diese Frage, weil du bist ja als Stadtrat in Bezug auf das Veranstaltungsrat nur für die Genehmigung der Veranstaltung zuständig, wie wir festgestellt haben, und wir auch ja unlängst das auch mit dem Schlagergarten Gloria verfolgt haben, dass es da zu einem Spendenaufruf gekommen ist, weil die Kosten für solche Veranstaltungen in den letzten Jahren wirklich immens gestiegen sind und deswegen fragen wir dich im Namen der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion:

Sehr geehrter Stadtrat, wäre es daher nicht zweckmäßig bereits im Zuge der konkreten Veranstaltungsanmeldung bekannt geben zu müssen, auf welche Weise Strom für die Veranstaltung bezogen wird?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Bei der Gemeinderatssitzung vom 6. Juli 2023 wurde unser dringlicher Antrag betreffend günstigeren Zugang zu Strom aus dem Haus Graz statt aus klimaschädlichen Dieselaggregaten angenommen. Nun liegt uns eine Beantwortung dieses Dringlichen Antrags vor, welche darlegt, dass Strom durch Mobil-aggregate in Graz nur in Ausnahmefällen genehmigt werde. Allerdings wird bei Durchsicht der online zugänglichen Veranstaltungsgenehmigungen der Stadt Graz klar, dass man zwar angeben muss, ob elektrische Anlagen verwendet werden, jedoch nicht woher der verwendete Strom bezogen wird – ob also die Absicht besteht, Dieselaggregate zu verwenden oder nicht, braucht nicht kundgemacht zu werden.

Die Problemstellung besteht darin, dass bei gemeinnützigen Veranstaltungen jedoch oft Dieselaggregate verwendet werden, da die Kosten allein schon für den Stromanschluss zu hoch sind, beziehungsweise nicht im Verhältnis zu den finanziellen Möglichkeiten der Veranstalter:innen stehen.

Unlängst wurden uns beispielsweise durch den Spendenaufruf der Veranstalter des "Schlagergarten Gloria" wieder bewusst, mit welcher enormen Kostensteigerungen Organisator:innen von gemeinnützigen Veranstaltungen zu kämpfen haben.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riegler, in deiner Funktion als zuständiger Stadtrat für das Veranstaltungsreferat, folgende

Frage:

Wäre es daher nicht zweckmäßig, bereits im Zuge der konkreten Veranstaltungs-Anmeldung bekanntgeben zu müssen, auf welche Weise Strom für die Veranstaltung bezogen wird?

Stadtrat Riegler:

Danke, liebe Frau Gemeinderätin Robosch. Da muss ich gestehen, das ist jetzt eine sehr technische, juristische Materie, zu der ich eben auch gebeten habe, dass die Bau- und Anlagenbehörde dazu Stellung nehmen möge, für die Leute draußen im Internet, falls sie dem folgen. Es ist ja so, dass es zum Teil politische Spielräume gibt, bei denen man etwas gestalten kann, und dann gibt es wiederum politische Zuständigkeiten für behördliche, gesetzliche, geregelte Verfahren. Das Veranstaltungsrecht, wie auch das Gewerbeanlagenrecht, ist so eine gesetzliche Materie, bei der eigentlich der Politiker nur nicken kann, aber eigentlich keinerlei Gestaltungsspielraum hat. Das sagt mir daher, auf Basis der Gesetze, die Bau- und Anlagenbehörde, dass es eben nach der momentanen herrschenden Rechtslage keinerlei Handhabe gäbe, das jetzt vorzuschreiben, dass man vorab schon bei der Veranstaltungsmeldung die Art der Stromquelle benennen müsse. Diesbezüglich sagt mir also die Frau Doris Jurschitsch und ihre Mitarbeiter:innen, dass man daher, wenn, dann an den Gesetzes- und Ordnungsgeber herantreten müsste. Das wäre in unserem Fall dann also der

Landesgesetzgeber, der Steirermärkische Landtag. Und wenn man tatsächlich der Meinung ist, man möchte noch eine zusätzliche Bürokratisierung haben, dahingehend, dass auch das gemeldet und dann auch sozusagen überprüft werden muss, dann müsste man da entsprechend das steirische Landesgesetz ändern. Nämlich die sogenannte steirermärkische Veranstaltungsformularverordnung 2012. Man glaubt kaum, was es nicht alles gibt, eine Formularverordnung. Und diese steirermärkische Veranstaltungsformularverordnung 2012, die müsste geändert werden, wenn man das möchte. Ich bin mir aber nicht sicher, ob das alle wirklich möchten, denn es ist ja jetzt schon oft die Klage da, dass es zu viel Bürokratie gibt.

Gemeinderätin **Robosch**:

Die zusätzliche Bürokratie ist angesprochen worden und die gesetzliche Richtlinie. Wir teilen das, dass die Auflagen für Veranstalter:innen, vor allem für Veranstalter:innen, die das nicht täglich machen, sondern einmal im Jahr eine Veranstaltung organisieren, sehr, sehr hoch sind, aber, und jetzt kommt das große Aber, wir haben uns deswegen auch zu dieser Frage bekannt, weil wir schon ein bisschen verwundert darüber sind, dass in der ersten Beantwortung nicht einmal klar ist, wie viele Veranstaltungen überhaupt eigentlich ein Mobilaggregat verwenden und dann eigentlich aber auf der anderen Seite dem ein grundsätzliches Verbot dieser Anlagen gegenübersteht, dann muss man sich schon fragen, woher kommen dann die Daten, ob das überhaupt stattfindet. Und in der Hinsicht glauben wir schon, dass es nicht nur um die Meldung dieser Mobilaggregate generell geht von den Veranstalter:innen, sondern wir glauben schon auch, dass es um die Servicierung für die gemeinnützigen Veranstalter:innen geht, die in Graz zum kulturellen und sozialen Zusammenleben beitragen. Und wie wir als Stadt Graz denen entgegenkommen in Bezug auf Service.

Und deswegen stelle ich die Zusatzfrage: Bist du bereit hier auch darüber nachzudenken, in welchen Veränderungsmöglichkeiten, die es ja durchaus gesetzlich gibt, tätig zu werden, um ein besseres Service vor allem in Bezug auf die gemeinnützigen Veranstalter:innen zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat **Riegler**:

Also sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Anna, was ich dir auf jeden Fall versprechen kann, ist, dass ich bei meinen nächsten Kontakten mit Landesregierungsmitgliedern dieses Thema zur Sprache bringen werde und da sicherlich einen Meinungsbildungsprozess anstoßen werde.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Ich darf nun den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin Schwentner übergeben und Herrn Klubobmann Pascuttini bitten, seine Frage an mich zu stellen.

Vorsitzwechsel – VizeBgm.ⁱⁿ Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.54 Uhr).

7.6 Frage 6: Reisekosten seit 2021 (GR Mag. Pascuttini, KFG, an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Gemeinderäte, werte Frau Bürgermeister, ich muss jetzt zugeben, ich hätte heute gerne eine Frage an einen anderen gerichtet, es war uns dann doch zu viel Aufwand, ihn wieder in den Stadtsenat zu wählen, um ihn dann von dort wieder zu entfernen danach, also haben wir es bleiben gelassen.

Ich interessiere mich für die Reisekosten ab 2021, die davor untersucht, hoffentlich ja irgendwann die Staatsanwaltschaft Klagenfurt. Ja, wir haben den Medien entnommen, dass es in den letzten Jahren seit 2021 einige Fragen zu ihren Reisen gegeben hat. Die haben immer wieder Fragen aufgeworfen. Kritische Journalisten haben berichtet, unter anderem in der Woche Graz, die Fahrt nach Groningen mit dem Zug und die

anderen Beamten nehmen dann den Flieger. Wäre noch jemand mit dem Rad gefahren und einer mit dem Auto, hätte man den perfekten Modern Split gehabt. So waren halt noch zwei von vier Verkehrsmitteln, sozusagen, involviert. Und das ist dann, den Fußgeher, danke, aber das ist dann doch zu weit, das wäre dann eine Aufgabe für Wochen gewesen.

Es ist natürlich die Sachlage die, dass wir vor einer schweren Situation in der Stadt Graz stehen. Wir haben es zwar geschafft, dann doch wieder einmal ein Budget zu schnüren, werden aber auch heuer im Herbst wieder einige Sorgenfalten auf der Stirn haben, wenn es um das städtische Budget geht. Und deswegen stellt sich natürlich die Frage, auch wenn man an das kommunale Plus denkt, das wir vor kurzem absolviert haben, wo es ja darum gegangen ist, unnötige Kosten einzusparen. Es stellt sich natürlich die Frage, ob diese Reisetätigkeit in die Schweiz, aber dann auch jetzt nach Groningen, wirklich die notwendigen Ausgaben sind, die die Stadt in einer schwierigen finanziellen Lage tragen sollte.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, die nachstehende

Anfrage:

Wie hoch sind die Gesamtkosten, die seit November 2021 für Frau Vizebürgermeisterin, Mag. Judith Schwentner, ihre Mitarbeiter und alle sonstigen Reisebegleiter aus den Dienststellen, für welche die Vizebürgermeisterin nach Referatseinteilung zuständig ist, unter Berücksichtigung aller mit den Reisetätigkeiten verbundenen Aufwendungen: Transportmittel und Unterbringung, Verpflegung, Diäten, aus dem städtischen Haushalt aufgewendet werden mussten.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Über die Notwendigkeit einer Reise nach Groningen – diese ist immerhin eine Partnerstadt unserer Stadt Graz – kann man wohl trefflich diskutieren, vor allem wenn

man sich die äußerst angespannte finanzielle Lage der Stadt Graz vor Augen führt. Vor allem aber muss man sich ernsthaft die Frage stellen, ob an dieser Reise wirklich insgesamt 5 (!) städtische Mitarbeiter teilnehmen mussten, deren Reisekosten natürlich der Steuerzahler übernehmen muss. Den investigativen Recherchen der Grazer Woche zufolge – siehe https://www.meinbezirk.at/graz/c-politik/grazer-politikerin-faehrt-zug-ihre-beamten-nehmen-den-flieger_a6633324 - wurden von städtischer Seite jedenfalls die Reisekosten von zwei Spitzenbeamten und drei Büromitarbeitern aus dem Vizebürgermeisterbüro übernommen.

Angesichts der schlechten finanziellen Lage der Stadt Graz sollte eigentlich an allen Ecken und Enden gespart werden, und teilweise wird auch beinhart bei den Menschen eingespart: In Erinnerung sei an dieser Stelle beispielsweise der vom Gemeinderat beschlossene, aber von Finanzstadtrat Eber gestrichene Fonds für Opfer des Verschublärms gerufen und sei auch auf den erst vor kurzem abgeschlossen, mehrere Wochen andauernden Kampf um mehr Geld für das Bildungsressort – ausgetragen auf dem Rücken unsere zukünftigen Generationen – hingewiesen. Der Reisefonds für städtische Politiker und Hofstaat scheint aber nachwievor gut gefüllt zu sein. Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Wie hoch sind die Gesamtkosten, die seit November 2021 für Frau Vizebürgermeisterin Mag. Judith Schwentner, Ihre Mitarbeiter und alle sonstigen Reisebegleiter aus den Dienststellen, für welche die Vizebürgermeisterin nach Referatseinteilung zuständig ist, unter Berücksichtigung aller mit den Reisetätigkeiten verbundenen Aufwendungen (Transportmittel, Unterbringung, Verpflegung, Diäten, etc.), aus dem städtischen Haushalt aufgewendet werden mussten?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Klubobmann, nach Rückfrage bei der Präsidialabteilung, kann ich Ihnen mitteilen, dass sich die Gesamtkosten, also die der Mitarbeiter:innen im Büro von meiner Kollegin sowie aus der Verwaltung, nach denen Sie fragen, mit Stichtag 23. April 2024 auf € 22.686,00 belaufen.

Meine Kollegin war in diesem Zeitraum zweimal im Ausland, einmal in meiner Vertretung als Bürgermeisterin bei unserer Städtepartnerstadt Groningen, die 50 Jahre dieses Jahr sich jährt, das ist eigentlich eine Verpflichtung, da muss man hinfahren, genauso wie die Bürgermeister und deren Verwaltung in gar nicht so langer Zeit zu uns kommen werden, wo ich mich freuen würde, wenn sie auch da sind. Und das andere Mal war meine Kollegin auf Fachreise in Zürich, das auch eine Notwendigkeit war, aber das führe ich jetzt gar nicht aus, weil das würde zu weit führen.

Vizebürgermeisterin Judith Schwentner, das ist mir wichtig zu sagen, und auch ihre beiden Mitarbeiterinnen, die sie auf Dienstreise begleitet haben, verwenden dabei ihr privates Klima-Ticket Österreich, und zwar immer, wenn Sie wo hinfahren beziehungsweise verfügen über ein Job-Ticket, durch deren Verwendung keine Reisekosten anfallen.

Klubobmann **Pascuttini**:

Herzlichen Dank für die Beantwortung. Die nächste Frage versöhnlich, sozusagen in die Zukunft blickend: Sind Ihnen schon weitere Reisen, die sich schon in Planung befinden, bekannt, sehr geehrte Frau Bürgermeister.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich bin seit 2005 hier im Hohen Hause, darf ich sagen, ich habe überhaupt noch keine Reise gemacht. Ich bin auch in meiner eigenen Partei bekannt dafür, dass ich kein Reisekater bin, also diese Frage läuft ins Leere.

Klubobmann **Pascuttini**:

Es freut mich auch zu hören, danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich übergebe wieder an die Frau Bürgermeisterin

Vorsitzwechsel – Bgmⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (13.59 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Ich möchte aber nur eines anmerken, trotzdem, es soll nicht ein falscher Eindruck erweckt werden. Wir haben als Stadt Graz und die Verwaltung einfach manchmal auch Verpflichtungen, solche Fahrten vorzunehmen. Das war ja erst, wann war das? Diese Woche, zwei Tage Vertreter aus anderen Städten aus Österreich da. Das ist ständig im Rahmen des Städtetages, wo es um Fachaustausch geht, das ist sehr wichtig, auch auf Einladung des Sozialamtes. Da geht es um die Zusammenarbeit im Pflegebereich, in vielen anderen Sachen, das ist notwendig und wichtig.

Und ich kann Ihnen sagen, Sie können mir durchaus eine weitere Frage stellen, wie die Reisekostenzusammenstellung in den letzten Perioden war, da würden Sie sich auch wundern, aber noch einmal zu 90 % sind das Dinge, wo es einfach Verpflichtungen gibt von der Politik. Entschuldigung, das ist mir noch wichtig gewesen, damit kein falscher Eindruck entsteht.

Als nächste Fragestellerin darf ich bitten, Frau Gemeinderätin Reininghaus. Diese persönlichen Anmerkungen, die zwei Minuten werde ich auch einkalkulieren. Sie stellt ihre Frage an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner.

**7.7 Frage 7: Zukunftsperspektive Stadtteil Rösselmühle
(GR Reininghaus, NEOS, an VizeBgm.ⁱⁿ Schwentner, Grüne)**

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Ich mache jetzt eine Reise mit Ihnen wieder zur Rösselmühle. Wie Sie wissen, werden Sie sich erinnern, letzte Gemeinderatssitzung habe ich schon einen Dringlichen Antrag dazu eingebracht. Der Dringliche Antrag wurde in der Dringlichkeit bestätigt, allerdings nicht im Inhalt. Er wurde eben von Grünen, KPÖ und SPÖ abgelehnt. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, das ist ein Herzensprojekt von mir, diese Rösselmühle. Das ist so ähnlich wie mit der Annenstraße, nur dass man natürlich Annenstraße und Rösselmühle nicht vergleichen kann. Denn die Rösselmühle, die Mühle an sich, ist ja eigentlich nur ein Teilbereich von dem Bereich, über den wir hier reden. Da geht es um ein großes Areal, da stehen vier historisch wertvolle oder schützenswerte Gebäude, darunter eben die Rösselmühle selbst, die 1270 das erste Mal urkundlich erwähnt wurde. Sie hat ein Mühlenrad am Mühlgang betrieben und da eben tonnenweise Mehl hergestellt haben, und das bis 2014. Es ist also noch gar nicht so lange her, dass die Rösselmühle noch aktiv war. Es gibt auch noch die Postgarage auf diesem Areal, die ist seit 2013 unter Denkmalschutz gestellt. Dann haben wir noch die Köstenbaumühle mit ihren brachliegenden Grundstücken und diese ehemalige Puchfahrradwerkstätte, die erste Fahrradwerkstätte quasi in Graz.

Das Ganze spielt sich ab oder wird umrundet oder umrahmt vom Oeverseepark und dem Park vor der Postgarage selbst. Also insgesamt reden wir hier nicht von einem Grundstück auf einer geraden, ebenen Fläche, sondern wir reden hier von einem hochinteressanten, wunderschönen Areal in Graz, dass das Potenzial hätte, hier wirklich unverwechselbare Stadtteilentwicklung zu betreiben im Bezirk Gries.

Natürlich ist es schwierig, weil die komplexen Eigentümerstrukturen auf dem Areal natürlich auch unterschiedliche Interessen zutage fördern. Die Eigentümerfamilie, die Römü GmbH, die da gegründet wurde und im Hintergrund steht, also eine der größten gemeinnützigen Wohnbauträger Österreichs, nämlich das Österreichische

Siedlungswerk, die wollen das Gebiet geschäftlich nutzen und hier Wohnungen bauen. Die Stadt Graz hat andere Interessen. Die Stadt Graz möchte das historische Erbe am Areal bewahren und auch die Bedarfe von GGZ und Oeversee Gymnasium sichern, aber natürlich auch die Bedürfnisse der Bevölkerung, die dort ansässig ist. Jetzt verfügen die Stadtplaner darüber, natürlich auch dazu über die Möglichkeit, über Bebauungsplan oder Verträge privatrechtlicher Natur auch Flächenwidmung als Steuerungsinstrument zu nutzen. So wurde beispielsweise in der ersten Auflage des Flächenwidmungsplans 4.0 die Widmung der Grundstücke auf dem Areal der Rösselmühle von Gewerbegebiet auf Kerngebiet geändert, mit der Konsequenz, dass für jede andere Nutzung als eine gewerbliche der Flächenwidmungsplan erstens zu ändern wäre. Zweitens die Bauvorhaben bebauungspflichtig werden und natürlich ein Bürgerbeteiligungsprozess zu starten ist. Städtebauliche Instrumente, die natürlich Wohnbauträger unter Druck setzen können. Allerdings scheint die Stadtplanung da auf die erwähnten Instrumente der Raumordnung beim Areal der Rösselmühle verzichten zu wollen, denn dazu stelle ich jetzt gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

Frage

an unsere Vizebürgermeisterin: Sehr geehrte Frau Schwentner, warum ist die Stadtplanung in der Zweitaufgabe des Flächenwidmungsplans 4.0 bei der Widmung von Grundstücken auf dem Areal der Rösselmühle von der Widmung als Kerngebiet wieder zur Widmung als Gewerbegebiet mit einer maximalen Dichte von 2,5 zurückgekehrt, wodurch weder Bebauungsplanpflicht noch das Erfordernis einer Bürger:innenbeteiligung besteht.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Schwentner,

in meinem dringlichen Antrag vom 21. März 2024 habe ich bereits ausgeführt, dass das Areal der Rösselmühle – wie kaum ein anderes - über das Potential für eine

unverwechselbare Stadtteilentwicklung im Bezirk Gries verfügt. Allerdings fördern die komplexen Eigentümerstrukturen auf dem Areal auch unterschiedliche Interessen innerhalb der Eigentümergemeinschaft zu Tage. Die Eigentümerfamilie um Eva Polsterer hat mit dem Gemeinnützigen Wohnbauträger Österreichisches Siedlungswerk (ÖSW) die „RöMü-GmbH“ gegründet, um das Rösselmühl-Areal zu entwickeln und hier Wohnbau zu betreiben, https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6271438/Stadtplanung-gefragt_Was-jetzt-aus-dem-Brandopfer-Roesselmuehle-in <https://reininghausgründe.at/fakten-hintergrunde/bautrager/>, während die Stadtplanung im Rahmen von Bebauungsplänen und privatrechtlichen Verträgen versuchen kann, den Erhalt des historischen Erbes zu sichern, sowie den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden.

Mein Antrag im letzten März wurde zwar einstimmig als dringlich befürwortet, inhaltlich wurde er jedoch von KPÖ, den Grünen und der SPÖ abgelehnt. Bleibt noch die Möglichkeit der Stadtplaner, neben Bebauungsplänen und Verträgen privatrechtlicher Natur auch die Flächenwidmung als Steuerungsinstrument zu nutzen. So wurde beispielsweise in der ersten Auflage des Flächenwidmungsplan 4.0 die Widmung der Grundstücke auf dem Areal der Rösselmühle von Gewerbegebiet auf Kerngebiet abgeändert

<https://www.graz.at/cms/beitrag/10377991/9229891/Flaechenwidmungsplan.html>, mit der Konsequenz, dass für jede andere Nutzung als eine gewerbliche Nutzung der Flächenwidmungsplan zu ändern ist, die Bauvorhaben bebauungsplanpflichtig werden und dass die Bürgerinnen und Bürger am Prozess zu beteiligen sind, allesamt Vorgaben, die Wohnbauträger doch etwas unter Druck setzen dürften.

Allerdings scheint die Stadtplanung auf die erwähnten Instrumente der Raumordnung beim Areal der Rösselmühle verzichten zu wollen, daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

Frage

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin,

warum ist die Stadtplanung in der Zweitaufgabe des Flächenwidmungsplans 4.0 bei der Widmung von Grundstücken auf dem Areal der Rösselmühle von der Widmung als Kerngebiet wieder zur Widmung als Gewerbegebiet, mit einer maximalen Dichte von 2,5 zurückgekehrt, wodurch weder eine Bebauungsplanpflicht noch das Erfordernis einer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern für Bauvorhaben besteht?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Liebe Frau Gemeinderätin Reininghaus, wie schon bei der letzten Sitzung betont, sind wir uns, glaube ich, beide einig, dass es ein sehr, sehr wichtiges Gebiet ist, ein sehr sensibles, stadtentwicklerisches Areal rund um die Rösselmühle. Wir müssen sehr bedacht darauf sein, was dort passiert, und das ist uns in der Koalition auch wichtig. Das habe ich auch schon beim letzten Mal betont. Wir müssen dort schauen, dass wir Grünflächen sichern, dass wir Aufenthaltsqualität haben, dass wir das für Generationen gut planen und wir sind auch mit der Initiative vor Ort in sehr gutem Austausch. Ich war letztens bei dieser Planungsausstellung oder bei dieser Ausstellung vor Ort, wo ja dieses immaterielle Erbe der Rösselmühle im Zentrum steht, und ihr unterstützt das alles. Zur Geschichte und dann noch zum weiteren Prozedere: da wissen wahrscheinlich andere im Raum besser Bescheid als ich, weil da war ich noch nicht im Gemeinderat und auch nicht zuständig. Zwar 2016 und 2017 wurde mehrfach diese Frage der Widmung im Gemeinderat erörtert und sämtliche Beschlüsse damals mit breiter Mehrheit gefasst. Der erste Auflagenentwurf des 4.0 Flächenwidmungsplan hat eine Kerngebietswidmung damals vorgesehen. Parallel hat man an einem zivilrechtlichen Vertrag gearbeitet, um eine langfristige Sicherung des Oeverseepark als öffentlich nutzbare Grünfläche zu gewährleisten und zu sichern. Darüber konnte damals keine Einigung erzielt werden. Deswegen habe ich mir sagen lassen, war es aufgrund der nicht ausreichenden Grünraumversorgung vor Ort aus fachlicher Sicht, eine Widmungsänderung in Richtung Wohnbebauung nicht vertretbar. Das war der Hintergrund, warum der zweite Entwurf keine Änderung der

Flächenwidmung vorsah. In dieser Form ist er dann sozusagen rechtsgültig geworden im Jahr 2018. Eine Veränderung gab es aber damals. Das entspricht jetzt nicht dem, was du gerade ausgeführt hast. Es wurde nämlich damals sehr wohl eine Bebauungsplanpflicht verhängt, und es besteht heute Bebauungsplanpflicht. Das heißt, das gibt uns nach einer möglichen Umwidmung, über die man ja auch noch diskutieren muss, beziehungsweise bis dahin noch sehr viel passieren muss, gibt es der Stadt sehr viel Spielraum und Gestaltungsraum, darauf einzuwirken, nämlich in Bezug auf Gründurchwägung und den Anteil an Wohnnutzung. Natürlich wird es dann einen Beteiligungsprozess geben, allein schon durch das Instrument Bebauungsplan, aber darüber hinaus, weil es ein sensibles Stadtentwicklungsgebiet ist, das kann ich dir versichern.

Jetzt ist wichtig, dass so lange jetzt einmal Gespräche und Verhandlungen laufen der Stadtverwaltung mit den Besitzer:innen, dass genau diese Dinge, die die Stadt vorgibt, auch mitgenommen werden, nämlich Zielvorgaben, die wir formuliert haben. Ich habe es letztens schon ausgeführt, die Schaffung von öffentlichem Raum beziehungsweise die Gewährleistung: Wir haben als Zentrum diesen wichtigen Oeverseepark. Der muss gehalten sein. Wir brauchen auch eine Durchwägung für Geh- und Radwege sowie einen Wohnanteil von maximal 60%. Dann wird ein Beteiligungsprozess erfolgen, wenn es da einmal Einigung gibt mit den Eigentümer:innen. Das hat sich in der Vergangenheit nicht als einfach gestaltet und tut es auch jetzt nicht. Und solange, sozusagen, dieser Rahmen für weitere Gespräche nicht gewährleistet ist, dann wird nichts passieren. Und dann brauchen wir noch immer einen Zweidrittelbeschluss im Gemeinderat.

Gemeinderätin Reininghaus:

Ich habe eigentlich gar keine Zusatzfrage, sondern eher quasi möchte ich mich bedanken. Ich sehe das auch bei der Stadtbaudirektion, dass die sich bemühen, dieses Erbe zu erhalten, aber ich denke, es ist besser einmal zu viel gesprochen als einmal zu

wenig. Wir müssen hier wirklich genau hinschauen, das ist ein Juwel und das soll es auch wirklich so bleiben. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Nächster Fragesteller ist der Gemeinderat Gostentschnigg, er stellt seine Frage an Stadtrat Hohensinner.

**7.8 Frage 8: Jugendzentrumsoffensive
(GR Gostentschnigg, BA, KPÖ, an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

Gemeinderat **Gostentschnigg**:

Sehr geehrte Stadtregerung, sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind gut in der Zeit, ich will Sie nicht strapazieren. In aller Kürze, Herr Stadtrat Hohensinner, Sie haben in einer Grazer Gratis-Zeitung vor, ich glaube es sind etwa zwei Wochen angekündigt, es soll eine Jugendzentrumsoffensive geben im Sinne einer Marketingkampagne. Da hätte mich jetzt interessiert, wir haben im Ausschuss noch nicht darüber gesprochen, deswegen vielleicht gleich dann auch öffentlich, können Sie dem Gemeinderat bitte eine Übersicht über die geplanten Werbemaßnahmen im Zuge dieser Jugendzentrumsoffensive geben, inklusive einer Aufschlüsselung nach Medium und Kosten. Bitte, danke.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

„Die Stadt Graz startet eine Offensive für die Jugendzentren“ wurde in einem Artikel in der Woche vom 10. April angekündigt. „Für Jugendliche wird die Stadt auf Instagram

setzen, für Eltern eher auf Zeitungen und Facebook. Dazu kommen Bim- und Busplakate“, heißt es darin.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich Ihnen diesbezüglich folgende

Frage

Können Sie dem Gemeinderat eine Übersicht über die geplanten Werbemaßnahmen im Zuge der Jugendzentrumsoffensive inkl. einer Aufschlüsselung nach Medium und Kosten geben?

Stadtrat **Hohensinner:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, es gibt ja jetzt die Auflage, dass wir Kampagnen auch im Stadtsenat präsentieren. Die Höhe und auch den Umfang: Am 24.02. habe ich das auch im Stadtsenat getan. Also, du hättest auch ganz einfach in deinem Club rückfragen können. Aber ich möchte jetzt auch dir einen Überblick verschaffen. Und zwar hat es da eine Kampagne gegeben mit der finanziellen Obergrenze von € 10.000,00. Also, das war so die Zielsetzung. Wir haben die Kampagne gestartet. Ich habe sie zum Teil auch mitgebracht. Deine Zeit, dein Jugendzentrum und die 13 Jugendzentren in Graz, die wirklich eine hervorragende Arbeit leisten, sollen einfach in der Zielgruppe bekannter gemacht werden. Wir haben hier fünf Plakate auch ausarbeiten lassen. Und wo die präsentiert wurden, in welcher Höhe, in welchem Umfang, kann ich dir auch gerne sagen.

Und zwar die redaktionelle Aufarbeitung und die Aktivitäten in den Stadteigenen Medien, nämlich in der BIC, in den Social-Media-Kanälen der Stadt Graz, im Podcast, Screens, im Amtsgebäude. Also, da haben wir einiges gemacht, hat uns € 0,00 gekostet. Die Agenturkosten waren 20 Stunden. Der Agentur 8010, das ist auch die Haus Graz-eigene Agentur, hat sich mit € 2.160,00 niedergeschlagen. Es hat ein Fotoshooting gegeben. Junge Fotograf:innen des Ortweinabend-Kollektivs haben das durchgeführt, Kostenpunkt € 1.985,00. Social-Media, auch über meine Ämter, das ist

aber auch, hat sich mit € 0,00 niedergeschlagen, da gibt es sowieso einen Kanal, die Außenwerbung, Bus, Bim mit Plakaten, € 444,00. Print, wir haben eine Titelseite im Magazin Cool geschaltet, € 1.638,00 und es hat auch eine Promotion gegeben mit Lastenrädern, hat sich mit € 2.500,00 niedergeschlagen, also insgesamt € 8.727,00. Im Sinne der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit ist es im Vergleich mit anderen Kampagnen eigentlich sehr wenig Geld, was hier investiert wurde, aber es gibt mir einfach den Anlass, weil ich habe mich jetzt ein bisschen eingelesen in die Materie, euch einen Überblick zu machen, was jetzt die Koalition an Kampagnen ausrollt derzeit: Elke Kahr für ein besseres Miteinander 2023, Kostenpunkt € 153.000,00, Judith Schwentner Green Capital Award € 95.000,00, Judith Schwentner Baumpatenschaften 2024 € 16.500,00, Elke Kahr Grazer Frauenpreis € 68.000,00 und Manfred Eber Bioabfallkampagne der Holding Graz mit € 187.000,00. Und im Zuge der Aufgabenkritik würde ich einfach jetzt den Stadtrechnungshof anregen, hier einmal sich das genau anzuschauen. Also, da geht es ja nicht darum, Produkte zu verkaufen. Da haben wir natürlich auch Eigenbetriebe, wo das notwendig ist, Werbung zu machen. Hier geht es um bewusstseinsbildende Maßnahmen. Das kann man machen, das ist immer eine politische Frage, wo man das Schwergewicht legt, aber jetzt haben Sie, ihr habt die Höhen der Kampagnen gehört und ich glaube, das macht auf jeden Fall Sinn, wenn der Stadtrechnungshof hier einmal draufschaut. Das würde ich auch an dieser Stelle anregen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, wir werden gern drauf schauen, weil die Kosten dafür sind gesunken. Bitte um die Zusatzfrage.

Gemeinderat **Gostentschnigg**:

Ja, vielleicht eingangs nur die Bemerkung, das war eine recht flexible Auslegung der Antwort zur Sache, trotzdem für den ersten Teil, danke schön. Nur damit ich es richtig

verstehe, die Online-Werbekosten sind aus dem laufenden Werbebudget des Amtes bestritten worden, weil sie € 0,00 machen?

Stadtrat **Hohensinner**:

Es gibt einen Kanal, der heißt Die Junge Stadt, ist im Zuge unseres Projektes, das auch hier einstimmig im Gemeinderat beschlossen wurde, dass wir über mehrere Jahre quasi die Angebote für Jugendliche präsentieren, finanziert wurden und da gibt es ein Budget im laufenden Haushalt, das sind auch ein paar hundert Euro, die hier investiert wurden und im Zuge dieses Kanals wurde diese Kampagne auch präsentiert. Ich kann Ihnen, ich kann dir auch die Plakate mitgeben und danke für die Frage, somit habe ich die Möglichkeit gehabt, diese Kampagne auch im Gemeinderat zu präsentieren. Danke dir vielmals.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nächster Fragesteller ist der Gemeinderat Brandstätter, er stellt seine Frage an die Frau Vizebürgermeisterin.

7.9 Frage 9: Remise Steyrergasse (GR Brandstätter, ÖVP, an VizeBgm.ⁱⁿ Schwentner, Grüne)

Gemeinderat **Brandstätter**:

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuseherinnen und Zuseher. Wir beschäftigen uns jetzt mit einem Thema, von dem man ja fast behaupten könnte, wenn man die Zahlentwicklungen sich anschaut, sie hätten die Möglichkeit, das gesamte städtische Budget, zumindest für diese Periode, zu sanieren, nämlich die Remise Steyrergasse. Was wir dort erlebt haben, war eine Kostenexplosion, die

beispiellos ist. Wir haben am 22. Juli 2022 noch in der Zeitung lesen können, Zitat von Ihnen, Frau Verkehrsstadträtin: "Wir planen auf dem Dach der Hauptremise eine multifunktionale Fläche mit Urban Gardening, ein Urban Farming mit Stadtbienen, Insektenhotels, Nisthilfen, einer Innenhofbegrünung auf Dachebene mit Regenwasserspeicherung und Schutz vor sommerlicher Überhitzung."

Übrig geblieben ist ein modularer Ausbau, der erfolgen soll. Von dem ich zumindest, auch damals als Teil des Verkehrsausschusses, und auch meine Kollegen noch nicht viel wissen. Uns fehlen auch viele Informationen, von denen wir gerne wissen würden, was jetzt konkret wann erfolgen soll. Denn laut der Holding und auch einem ihrer Vorstandsdirektoren ist es so, dass wir dort auch die neuen Straßenbahnmodelle, die wir jetzt ankaufen, unterbringen müssen, weil diese auch dort gewartet werden müssen. Das heißt, das Ganze hat auch einen Zeitfaktor. Vor allem sind wir auch in der Situation, dass wir mit jedem Monat, den wir warten, davon ausgehen müssen, dass die Kosten für solche Bauten weiter steigen.

Gestartet hat dieses Projekt einmal mit Schätzungen von 150 Millionen Euro circa. Nach ein paar Überarbeitungen durch ihre Architekten waren wir bei 210 Millionen Euro samt Windrad und Sonnengarten. Vieles davon ist zum Glück mittlerweile zurückgenommen worden, auch wenn man immer wieder hört, dass sie doch daran festhalten wollen. Daher möchte ich Sie ganz konkret

fragen:

Welche Module der Remise Steyrergasse werden konkret, bitte um Angabe der Zeitpunkte, Monats- und Jahresangabe, unter geschätzten Kosten aufgeschlüsselt nach Modul umgesetzt werden?

Originaltext der Frage:

Am 22. Juli 2022 war von Verkehrsstadträtin Judith Schwentner noch folgendes Zitat in der Kleinen Zeitung zu lesen: „Wir planen auf dem Dach der Hauptremise eine multifunktionale Fläche mit Urban Gardening und Urban Farming, mit Stadtbienen,

Insektenhotels, Nisthilfen, einer Innenhofbegrünung auf Dachebene mit Regenwasserspeicherung und Schutz vor sommerlicher Überhitzung“. Der damalige Zeitplan: „2023 beginnen die Vorarbeiten, dann werden die Altlasten im Boden saniert und 2028 soll die Remise stehen – und damit auch der Sonnengarten.“

Seither ist kein konkreter Fortschritt zu erkennen, abseits der Meldung vom 10. Oktober 2023 in der Kleinen Zeitung, wonach der Ausbau der Remise nunmehr in Modulen erfolgen sollte.

Da laut Vorstandsdirektor Mark Perz in der neuen Remise auch die Wartung der neuen Alstom-Modelle erfolgen soll, drängt die Zeit und weitere Verzögerungen würden wohl nur zu weiteren Kostenexplosionen führen, ganz ohne Windrad-Utopien der Verkehrsstadträtin.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, in Ihrer Zuständigkeit als Verkehrsstadträtin die

Frage:

„Welche Module der Remise Steyrergasse werden konkret – bitte um Angabe der Zeitpunkte (Monats- und Jahresangabe) und der geschätzten Kosten (aufgeschlüsselt nach Modul) – umgesetzt werden?“

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Mein Kollege Stadtrat sagt, er ist gespannt, ich bin auch gespannt, weil mir fehlt leider das Wissen, aber vielleicht von vorne weg.

Die ganze Konstruktion der Remise ist sehr, sehr komplex, ist eine komplexe Angelegenheit und das, was Sie sozusagen am Dach da jetzt noch an Geschichte mittransportieren, das ist der kleinste Anteil an Komplexität, den wir vorfinden bei diesem Gebäude. Das Schwierigste daran ist die Altlastensituation unter der Erde, wir haben dort Gift, das ausgegraben werden muss, beziehungsweise eingehaust werden muss, wir haben die Situation, dass wir dort Parkplätze brauchen für die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Holding, der Straßenbahnfahrerin, Busfahrerin. Wir haben dort die Situation, dass das Gebäude hochanschlussvoll ist, weil es nicht nur eine Garage ist, sondern auch technische Leistungen vollziehen muss, von Reparatur bis zu, weiß ich nicht, was alles passiert bei einer Straßenbahn, wenn sie in der Nacht gewartet wird und so weiter. Also das ist höchstkomplex. Höchstkomplex ist auch in dem Zusammenhang, wenn wir weitere Straßenbahnen ankaufen, was wir jetzt ja tun, beziehungsweise das Straßenbahnnetz ausgebaut wird, dass es auch andere Remisenstandorte gibt. All das war nicht, muss man sagen, in der Vergangenheit, in dem Moment, wo ich, wir auch in die Verantwortung gekommen sind, entsprechend zusammengeführt. Also, es waren sehr viele Projekte und Überlegungen im Raum, und diese hochkomplexe Situation zum einen aufzuarbeiten, war die Herausforderung. Zum anderen die Situation, dass tatsächlich die Remise Steyrergasse, und das war das Thema mit dem Sonnengarten, der jetzt gerne irgendwie anders interpretiert wird und so als Ju-He-Projekt von mir dargestellt wird, der Sonnengarten war die Idee in einem Bezirk, in einem Viertel, ich habe dort sehr lange gewohnt, jetzt wohne ein bisschen weiter weg, wo es kaum Grünraum gibt, Grünraum zu schaffen. Das ist ein Mehrwert, und er wurde von der Ziviltechniker:innenkammer, von Architekt:innen zu Recht eingefordert. Zu schauen, wenn da schon so ein Riesengebäude gebaut wird, dass man irgendwie einen Mehrwert schafft, finde ich sehr naheliegend. Deswegen war das zu prüfen und zu schauen, ob es Möglichkeiten gibt, dieses Dach zu nutzen, das zugänglich zu machen, zu begrünen, vielleicht auch eine Photovoltaikanlage zu errichten und so weiter.

Was wir nicht wussten, ist, dass unsere Vorgängerregierung dieses ganze Projekt, das sehr komplex ist, nicht budgetiert hatte, Null Cent waren da in den Büchern zu finden für die Zukunft.

Das ist die Herausforderung, und deshalb sagt mein Kollege zurecht, er ist gespannt, was ich antworte, die Herausforderung dieses Geld dafür zu finden und einen Weg zu finden, die Garagen, wenigstens das Wichtigste zu bauen. Daher modulhaft, das Wichtigste zu bauen, um die Straßenbahnen, die wir ankaufen müssen, unterzubringen, zu reparieren, zu warten.

Daher jetzt die Idee, und das war ja der Beschluss im Gemeinderat, in November 2023 wurde die Stadtbaudirektion mit der Verkehrsabteilung beauftragt, eine funktionale Prüfung zu machen, eine Plausibilitätskontrolle der bisherigen Planungen der Zentralremise und anderer Möglichkeiten.

Und noch dazu müssen wir auch gewährleisten, wir kriegen über die BALSa dieses Altlastensanierungsprojekt eine Förderung, diese Förderung abzuholen, das heißt, es ist sehr komplex und ich kann Ihnen jetzt noch nichts sagen, weil das ist alles noch in Ausarbeitung, wie der genaue modulhafte Plan aussieht, aber Sie kennen mich, Sie wissen, dass wir, sobald wir das haben, auch im entsprechenden Ausschuss, sobald in dem Moment auch darüber berichten.

Gemeinderat **Brandstätter:**

Vielen Dank für die Beantwortung. Da habe ich jetzt einmal eine konkrete Überlegung, Frau Verkehrsstadträtin. Wenn Sie sagen, die Vorgängerregierung hat finanziell nicht vorgesorgt und das konnten Sie nicht wissen, dann frage ich mich, was haben Sie bis zum Juli 2022 eigentlich gemacht in dieser Regierung. Da hatten Sie mehrere Monate, mindestens sieben, Zeit, um sich die budgetäre Situation anzuschauen und haben dann anscheinend trotzdem mit großem medialem Echo ein Projekt verkündet, von dem Sie ja schon wissen müssten, dass Sie es gar nicht finanzieren können. Sie haben das aber trotzdem gemacht, obwohl da schon sieben Monate waren, wo Sie in Budgetverantwortung waren und auch die Budgetzahlen kennen mussten. Denn wir bezahlen Sie nicht umsonst mit über € 10.000,00 brutto pro Monat, um auch komplexe Aufgaben zu bewerkstelligen und offensichtlich hat es da nicht die Möglichkeit gegeben, sich dieser Aufgabe in einer Form zu stellen, wo man diese Dinge auch von vornherein abklärt, bevor man einen großen Plan vorlegt, dessen Finanzierung überhaupt nicht geplant oder abgesichert ist. Daher, weil Sie offensichtlich leider, und ich möchte da den Herrn Gostentschnigg zitieren, eine flexible Auslegung der Antwort zur Sache praktizieren und nicht beantworten können, welchen Kosten auf uns zukommen und in welcher Art und Weise dieser modale Ausbau erfolgen wird, möchte

ich Sie zumindest fragen, ob Sie mittlerweile in Ihrer politischen Arbeit davon abgehen, dass Sie all diese Zusatzprojekte, die Sie sich noch vorgestellt haben, ohne budgetäre Deckung jetzt nicht mehr weiterverfolgen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich möchte persönlich anmerken, was Ankündigungen betrifft, also da war die letzte Periode Weltmeisterin. Aber es steht mir zu, auch diese Bemerkung zu machen. Bitte um Antwort, Frau Vizebürgermeisterin.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Werter Herr Gemeinderat, die Antwort ist komplex, das gebe ich zu. Es ist ja jetzt auch neu, dass alle Anfragen, auch die, die mündlich beantwortet werden, schriftlich nachzulesen sind. Sie können sich noch einmal ein Bild machen, was es an Anstrengungen gegeben hat, um tatsächlich die komplexe Herausforderung von mehreren Remisenstandorten mit Verkehrsplanung, mit Holding, mit Stadtbaudirektion zu gewährleisten. Wie gesagt, es ist nichts mehr in unserem Sinne als einen Straßenbahnausbau zu forcieren, um auch entsprechende Wartungsmöglichkeiten zu haben für unsere Infrastruktur. Und ich habe es Ihnen erklärt, warum die Idee, einen Mehrwert zu generieren an einem Gebäude, das dermaßen massiv in einem Bezirk in Jakomini steht, auszurechnen und sich anzuschauen. Alles andere wird jetzt gerade geprüft und sie werden dann zeitgerecht informiert.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Eine Frage nehmen wir noch knapp dran, Herr Gemeinderat Ram, bitte, stellt seine Frage an Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner.

**7.10 Frage 10: Zukunft Pumptrack in Mariatrost
(GR DI. Ram, Grüne, an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

Gemeinderat **Ram**:

Ich hätte ja fast nicht mehr gedacht, dass sich das ausgeht.

Schönen Nachmittag, alle zusammen, Herr Stadtrat, lieber Kurt. Pumptracks, wie die Kleine Zeitung schon geschrieben hat, scheinen ein bisschen schlechte Sterne zu haben, in Graz.

Es ist so, also ich würde das am Pumptrack in Mariatrost kurz aufzeigen. Du hast wahrscheinlich bessere Kenntnisse über die gesamte Genese, ich habe es natürlich versucht, so weit zu recherchieren, so weit wie es möglich war und in meiner Periode. Wir haben dort ein Projekt, das ist finanziert, da stehen alle dahinter. Dann hat die Genehmigung nicht hingehaut, dann hat man dagegen berufen müssen, dann hat es wieder einen Einspruch gegeben, dann hat man gesagt: „Zahlt sich das überhaupt aus, brauchen wir einen neuen Standort?“, dann ist die Idee mit Fölling aufgekommen. Ich war da auch immer wieder in Kontakt mit Thomas Rajakovics, dann hat es geheißen, das war jetzt schon letzten Sommer, Fölling, das ist die neue Idee, jetzt reden wir mit dem Land, weil es ist ja auch nicht so einfach, das dort überhaupt zu machen.

Jetzt sind schon wieder sehr viele Monate vergangen und es ist wirklich eine Frage des Interesses, glaube ich, für alle Grazerinnen und Grazer, vor allem natürlich für die Mariatroster:innen, wie geht es mit dem Projekt weiter und ich muss jetzt kurz die

Frage

genau ablesen: Welche Schritte wurden seitens des Sportamtes gesetzt beziehungsweise sind in Planung, um eine baldige Errichtung der Pumptrack-Anlage in Mariatrost für die Bezirksbevölkerung und alle Grazerinnen und Grazer zu ermöglichen? Bitte.

Originaltext der Frage:

Pumptracks sind als multifunktionale Sportanlagen (Rad, BMX, Inline-Skating, Roller, etc.) allseits beliebt, bieten eine spannende sportliche Herausforderung auf allen Schwierigkeitsstufen und eine niederschwellige sportliche Betätigung für Menschen jedes Alters. Deshalb finden sich auch 7 Pumptrack-Anlagen in den umliegenden Gemeinden, während wir im Grazer Stadtgebiet gerade einmal auf 2 Pumptracks kommen.

Um der steigenden Nachfrage zu begegnen, wurden in den letzten Jahren einige Projekte vorgeschlagen, die mehr oder weniger weit in der Umsetzung vorangekommen sind. Konkret umgesetzt wurde eine sehr erfolgreiche Radveranstaltung am und rund um den Bezirkssportplatz Mariatrost, die aufgrund der großen Nachfrage im Juni fortgesetzt wird.

Der Erfolg dieser Veranstaltung wirft natürlich die Frage nach dem geplanten Pumptrack in Mariatrost auf, der 2021 angekündigt wurde, dessen Zukunft nach Einwendungen gegen die Baugenehmigung und neuen Ideen für den Standort (Stichwort Parkhaus Fölling) jedoch mehr als ungewiss erscheint.

Daher stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs / ALG folgende

Frage:

Welche Schritte wurden seitens des Sportamtes gesetzt bzw. sind in Planung, um eine baldige Errichtung und Inbetriebnahme einer Pumptrack-Anlage in Mariatrost für die Bezirksbevölkerung und alle Grazerinnen und Grazer zu ermöglichen?

Stadtrat **Hohensinner**:

Lieber Herr Gemeinderat, wir haben gerade vorhin diskutiert, die Frau Bürgermeisterin und ich, weil die Zeit wäre eigentlich schon abgelaufen, aber ich habe noch gebeten, dass die Frage noch kommt, weil es ein wirklich wichtiges Anliegen ist. Danke, dass du dich beherzt, also sehr beherzt, für deinen Heimatbezirk einsetzt. Ich glaube, du bist aus Andritz, aber du setzt dich trotzdem ein und du weißt auch, weil wir uns auch in Mariatrost schon öfters getroffen haben bei Veranstaltungen, dass ich mich auch sehr stark für Pumptracks einsetze. Wie du gesagt hast, dass ich ein bisschen aufkläre, wie die Genese ist, das mache ich gern.

Wir haben 2021 hier im Gemeinderat das Projekt beschlossen, es wurde nachher 2022 eingereicht bei der Behörde und es wurde geprüft. Wir leben in einem Rechtsstaat, das ist nun einmal so, und wenn man gerade für junge Leute etwas macht, gibt es leider aus meiner Sicht nicht nur Befürworter. Da gibt es das Floriani-Prinzip, auch viele Anrainer, die sagen: „Bitte macht das, aber nicht vor meiner Haustür“, so auch in Mariatrost und die Anrainer Tannhofweg. Ich habe auch öfters mit ihnen geredet, die haben dann einen Einspruch gemacht. In der ersten Instanz ist aber das Projekt für uns entschieden worden, also das ist positiv durchgegangen und die Anrainer gehen anscheinend jetzt den Instanzenweg. Das heißt, das liegt jetzt beim Verwaltungsgericht und da habe ich keinen Einfluss. Also wir haben einmal nachgefragt, aber ich glaube, da stimmen wir überein, dass man gerade beim Verwaltungsgericht nicht Einfluss nehmen kann und soll. Das heißt, hier sind wir auf die Mitarbeiter:innen angewiesen. Ich hoffe, dass es bald eine Entscheidung gibt. Ich werde natürlich, wenn es positiv ausgeht, an dem Projekt auch festhalten und wir dürfen uns aber nicht nur, weil du wohnst jetzt in Andritz, in Mariatrost auf ein Projekt konzentrieren, sondern wir sollten einfach in der gesamten Stadt schauen, dass da was für Kinder, für Radfahrer zusammengebracht wird. Fölling hast du angesprochen, da haben wir uns gedacht, dass wir auch eine zusätzliche Lösung anbieten können. Wir haben mit der Parkraumbewirtschaftung gesprochen, die da involviert ist. Wir haben mit dem Land gesprochen, ich habe sogar mit dem Landeshauptmann Stellvertreter ein Gespräch geführt und mit anderen Vertreterinnen und Vertretern. Das gestaltet sich äußerst

schwierig, da muss man eine Widmung umwidmen. Das ist mit hohen Kosten verbunden, das heißt, das scheint jetzt nicht zielführend zu sein. In Mariatrost haben wir aber, um dich zu informieren, was wir für Radfahrer und -innen bis jetzt gemacht haben, eine Trail-Strecke im Häuserl im Wald auch umgesetzt. Wir haben jetzt in Reininghaus auch mit Rücksprache des Stadtbaudirektors eine Fläche vorgesehen, dass wir auch dort einen Pumptrack umsetzen können. Eustacchio-Gründe, da haben wir wirklich einen tollen Pumptrack, der aus Erde ist. Da bin ich selbst sehr oft mit den Kindern, ja du machst so, das wird von den Familien großartig angenommen und wir haben dort auch Schanzen jetzt zusätzlich gemacht. Es setzt ein Verein wirklich großartig um. Wir haben jetzt am Samstag die Eröffnung bei der Maut Andritz, da gibt es einen Dirtpark, der wird eröffnet, du bist herzlich eingeladen dort vorbeizuschauen. Wir haben in der Kirchner Kaserne diesen mobilen Pumptrack quasi aufgestellt. Wir haben das auch in der Behörde angezeigt, wir dachten, dass das ausreichend ist. Es braucht aber ein Verfahren, das ist nun eingeleitet. Das heißt, eine Zwischennutzung ist jetzt Gott sei Dank möglich und wir haben auch vor, diesen mobilen Pumptrack dann im Herbst am Grünanger zu stationieren. Das heißt, da können wir auch dort, wo gerade ein großer Bedarf ist, ein Angebot setzen. Jetzt von dem Überblick, den ich dir jetzt geben konnte, glaube ich, siehst du, dass das Sportamt da wirklich sehr stark dahinter ist und Mariatrost, da werden wir dranbleiben. Ich habe auch mit den Anrainern geredet, vielleicht hast du da auch noch einmal die Möglichkeit zu unterstützen. Wenn wir grünes Licht von der Behörde bekommen, werden wir das mit Freude umsetzen.

Gemeinderat **Ram:**

Vielen Dank für die Antwort. Also, warum ich vorher ein bisschen so „mmh“ gemacht habe, ja, wir haben einen Pumptrack in Graz und die Eustacchio Gründe ist eine super Strecke, aber das Thema ist natürlich super Strecke, wenn es regnet, ganz blöd. Ich bin selber Vater und habe natürlich sehr viele Leute, die ich kenne, die mit uns, Pumptrack ist vor allem natürlich so spannend, weil man mit sehr kleinen Kindern eigentlich schon

starten kann. Also, da können die dreijährigen mit dem Laufrad schon drauffahren und ist einfach eine super Freizeitmöglichkeit. Ich sehe halt natürlich auch, dass so viele jetzt natürlich diese Autofahrten machen in die umliegenden Gemeinden, wo es eigentlich jetzt schon sieben Anlagen gibt. Ich will dem Sportamt jetzt gar nicht absprechen, dass man zu wenig tut. Meine Zusatzfrage wäre: Abgesehen von den Dingen, die man schon tut, und es gibt Ideen, was tut man noch, dass man in absehbarer Zeit zu einer genügend großen Anzahl an Pumptracks für die Grazerinnen und Grazer kommt, damit man nicht mehr eben nach draußen fahren muss, damit man das erleben kann.

Stadtrat **Hohensinner:**

Du, auch wenn du es nicht ganz verstehen willst. Es ist ein Unterschied, ob man einen Pumptrack jetzt in Stattegg umsetzt oder in Graz. In Graz gibt es einfach mehr Anrainer und Anrainer haben Rechte. Wir befinden uns in einem Rechtsstaat und da sind wir halt mit solchen Verfahren dann konfrontiert, das ist so. Aber zu deiner Beantwortung, mein Ziel ist es, in allen Himmelsrichtungen in der Stadt Pumptracks umzusetzen. Wenn das Urteil vom Verwaltungsgericht jetzt jenes ist, dass asphaltierte Pumptracks problematisch sind, wenn Anrainer in unmittelbarer Nähe sind, dann werden wir solche Pumptracks umsetzen, die wir jetzt im Eustacchio-Park haben. Und wenn es regnet, ist es gatschig, das stimmt. Aber auch, also ich weiß das noch von meinen Kindern, wir sind dann am nächsten Tag, auch wenn es am Vortag geregnet hat, dort unterwegs gewesen. Dann werden die Kinder ein bisschen schmutzig, das gehört einfach dazu, du kennst es. Der Vorteil wieder an nicht befestigten Pumptracks ist es, dass die Kinder sich weniger verletzen, weil ich weiß, mein Bruder wohnt in Andritz, der ist mit seinen Kindern öfters in Stattegg, am Wochenende gibt es da sehr viele Fahrten ins Krankenhaus, also das ist gar nicht so ohne. Aber wie auch immer, wenn es das Verwaltungsgericht genehmigt, werden wir in Mariatrost einen befestigten Pumptrack umsetzen. In den anderen Himmelsrichtungen werden wir auch schauen, dass wir vielleicht Pumptracks mit Erde umsetzen und dann haben wir hoffentlich in ein, zwei

Jahren überall in Graz ein Angebot. Die Frau Bürgermeisterin hat mir jetzt gerade auch gesagt, aber es gibt jetzt schon mehr als vorher und wir sind, glaube ich, alle bestrebt hier weitere Pumptracks umzusetzen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

In dieser Frage sind wir uns einig, das ist gut. Wir sind am Ende der Fragestunde.

Ende Fragestunde: 14:33 Uhr.